

Jahresziele des Regierungsrats für 2012

Vorbemerkung

Gestützt auf das Regierungsprogramm legt der Regierungsrat jeweils die Jahresziele für das bevorstehende Amtsjahr fest. Dabei geht es um die Hauptziele der Direktionen, also jene, die sich der Regierungsrat in seinem Regierungsprogramm gesetzt hat. Zudem sollen diese Ziele messbar sein. Zu den Hauptzielen kommen die laufenden Arbeiten hinzu, die die Schwerpunktziele ständig begleiten.

Der Regierungsrat verzichtet darauf, die mit den Jahreszielen verbundenen Massnahmen im Einzelnen zu erwähnen. Er geht davon aus, dass die geeigneten Mittel einzusetzen sind, um die Ziele zu erreichen. Zudem haben sich die Direktionen am Massnahmenpaket zu orientieren, das im Regierungsprogramm festgelegt ist.

Gesamtregierungsrat

1. Die Geschäfte der Legislatur sind planmässig abgeschlossen.
2. Das neue Regierungsprogramm ist per Ende Jahr festgelegt.

Landammannamt

1. Die Gesamterneuerungswahlen (Regierungsrat, Landammann, Landesstatthalter, Landrat) sind fehlerfrei abgelaufen.
2. Das neue Content-Management-System für www.ur.ch ist eingeführt.
3. Der Wechsel in die Legislatur 2012 bis 2016 ist administrativ erfolgreich umgesetzt.
4. Die Neuausrichtung der Standeskanzlei ist etabliert.

Baudirektion

1. Die Neuunterbringung der Steuerverwaltung im von Roll-Haus per 1. Januar 2013 organisiert und die Entscheidungsgrundlagen für den Verkauf der Liegenschaft Winterberg sind durch den Regierungsrat verabschiedet.
2. Die Leistungsvereinbarung 2013 bis 2017 über den Betrieb der Nationalstrassen ist mit dem ASTRA abgeschlossen.

3. Der Landrat hat das rGVK UT im Rahmen der Revision des Richtplans genehmigt.
4. Das revidierte Strassengesetz ist vom Regierungsrat genehmigt und durch den Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.
5. Die Verhandlungen zur Konzession Alpbach sind abgeschlossen.
6. Das Verfahren beim Heimfall Lucendo ist geklärt und eine entsprechende Strategie zum Vorgehen liegt vor.

Bildungs- und Kulturdirektion

1. Volksschule 2016: Der Landrat hat die notwendigen Anpassungen in der Schulverordnung zur Kompetenzregelung zwischen Schulrat und Schulleitung beschlossen.
2. Eine Vorlage für rechtliche Grundlagen zur Kinder- und Jugendförderung wurde in die Vernehmlassung gegeben (bei entsprechendem Ergebnis der Volksabstimmung vom 15. April 2012).
3. Der Bericht zum Handlungsfeld Oberstufe und zu den Kostensteigerungen im Bildungswesen (Motion Markus Zurfluh) ist erstellt und vom Landrat zur Kenntnis genommen.
4. Der Bericht zu einem zweisprachigen Langzeitgymnasium (Motion Markus Holzgang) ist erstellt und vom Landrat zur Kenntnis genommen.
5. Eine Auslegeordnung für die zukünftige Steuerung des Bildungswesens als Entscheidungsgrundlage für den Regierungsrat über das weitere Vorgehen ist erstellt.

Finanzdirektion

1. Das Budget 2013 erfährt eine Verbesserung gegenüber den Ergebnissen des Finanzplanjahrs aus dem Finanzplan 2012 bis 2015.
2. Die Langfristplanung 2017 bis 2027 ist qualitativ soweit optimiert, dass sie dem Regierungsrat als echtes Führungsinstrument zur Verfügung steht.
3. Für die Umsetzung der Beteiligungspolitik steht ab Mitte 2012 ein griffiges Beteiligungscontrolling zur Verfügung.
4. Sämtliche Einsprachen im Rahmen der allgemeinen Neuschätzung sind bis Ende 2012 behandelt.
5. Der Wirkungsbericht NFAUR (2008 bis 2011) ist per Ende Oktober zuhanden des Landrats verabschiedet.
6. Mit dem Pilotprojekt "IKS bei der Finanzdirektion" ist die Grundlage geschaffen, damit ein flächendeckendes IKS bei der Kantonalen Verwaltung ab 2013 implementiert werden kann.

7. Für die Anpassung der Strukturreform der Pensionskasse Uri an das Bundesrecht hat der Regierungsrat die Eckwerte beschlossen.

Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion

1. Der Projektierungskredit für den Um- und Neubau des Kantonsspitals Uri ist durch den Landrat zu Handen der Volksabstimmung verabschiedet.
2. Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ist umgesetzt.
3. Die Richtlinien für die raumplanerische Festlegung des Gewässerraums an Fließgewässern sind an das neue Bundesrecht angepasst.
4. Für die Totalrevision des Kantonsspitalgesetzes ist das Vernehmlassungsverfahren abgeschlossen und ausgewertet.
5. Die kantonale Bedarfsplanung 2013 bis 2015 für die Institutionen der Behindertenhilfe ist vom Regierungsrat verabschiedet.
6. Es liegt ein Massnahmenplan für den "Umgang mit dem Klimawandel im Kanton Uri" vor.

Justizdirektion

1. Die Vorlage für eine neue Gemeindestruktur-Reform ist erarbeitet.
2. Die neue Geoinformationsverordnung ist vom Landrat verabschiedet und der neue Leistungsauftrag mit der Lisag AG für den Betrieb des GIS Uri ist abgeschlossen.
3. Der kantonale Richtplan ist vom Regierungsrat und Landrat erlassen.
4. Die Strategie für den haushälterischen Umgang mit landwirtschaftlich genutzten Böden und den Fruchtfolgeflächen ist erarbeitet.
5. Das KBüG und insbesondere die Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen betreffend dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht sind umgesetzt. Die Gemeinden sind über die neue Gesetzgebung und die Praxis instruiert worden, der Staatskunde-Test beim bwz Uri ist realisiert.

Sicherheitsdirektion

1. Die Vereinbarungen zwischen dem Kanton und den Leistungserbringern (Korporationsbürgergemeinden) betreffend die Umsetzung der NFA-Programmvereinbarungen Wald-Naturgefahren-Wildschutz für die Periode 2012 bis 2015 auf Kantonsebene sind berei-

nigt und unterzeichnet.

2. Für die Sanierung und den teilweisen Neubau des Zivilschutzausbildungszentrums "Krump" in Erstfeld ist in Zusammenarbeit mit dem Amt für Hochbau ein Bauprojekt erarbeitet.
3. Der Pilotversuch "Begleitung von Sondertransporten" wird erfolgreich durchgeführt.
4. Die Revision des Polizeigesetzes ist zuhanden des Landrats vorbereitet.
5. Das erste Einsatzleitsystem bei der Kantonspolizei ist evaluiert und zur Beschaffung vorbereitet.
6. Das neue Alarmierungssystem wird beschafft und kommt zum Einsatz. Das alte Alarmierungssystem wird abgebaut.

Volkswirtschaftsdirektion

1. Tourismus: Das Tourismusgesetz ist vom Regierungsrat genehmigt und durch den Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.
2. Regionalpolitik (NRP): Die Leistungsvereinbarungen zu den Umsetzungsprogrammen 2012 bis 2015 "Uri" und "San Gottardo" mit dem seco sind vereinbart und unterzeichnet.
3. Schwimmbad Altdorf: Ein durch den Kanton, die Gemeinden und die Schwimmbadgenossenschaft Altdorf (SGA) gemeinsam getragenes Konzept zur Finanzierung des "Sanierungspakets Schwimmbad Moosbad" liegt vor.
4. Wohnbauförderung: Die sich in Erarbeitung befindenden Grundlagen zur Motion Camenzind sind konkretisiert und vom Regierungsrat beschlossen.
5. Die Trägerschaft für die touristischen "Ski-Infrastrukturen Andermatt-Sedrun" steht und die Finanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand sind geprüft und verabschiedet.
6. Die Rechtsgrundlagen für die Umsetzung der Massnahmen des Projekts "lanuwo" sind verabschiedet.
7. Die Leistungsvereinbarung im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU/EFTA ist nach Massgabe des Bundes umgesetzt.